

Freie Meinungsäußerung ist gesetzlich verankert

Skandal in der Kirche

Zum Leserbrief: „Kirche hat Glaubwürdigkeit eingebüßt“ (TV, 29./30. April/1. Mai):

Ein Dankeschön an die Verfasserin, die sich vermutlich über den Inhalt eines Leserbrief im TV vom 22. April („Unangebrachte Kritik“) geärgert hatte. Dieser Leserbrief hatte auch bei mir Verwunderung und Kopfschütteln ausgelöst. Ich möchte hier bewusst nicht auf die sehr unterschiedlichen Meinungen zum Umgang der katholischen Kirche beim Missbrauch und auf die Kritiken gegenüber Bischof Ackermann eingehen, denn jeder darf seine Meinung frei äußern. Dass die Schreiberin den TV-Lesern aber Ratschläge erteilt (wortgenau: „Lasst die Kirche im Dorf, lasst euer Geschrei und Gerede, betrachtet die Sache wissend mit klarem Verstand und so weiter“), fand ich unangemessen, denn wir sind alle erwachsen, bei klarem Verstand und auch nicht in einer Schulklasse, wo uns gesagt wird, was wir tun sollen. Wie lautet das Sprichwort: zwei Menschen – zwei Meinungen. Es ist ganz normal, dass unterschiedliche Meinungen aufeinanderprallen, und bei Themen wie Kirche oder Politik kochen die Emotionen sehr schnell hoch und noch höher. Es mag manchen Lesern gar nicht gefallen, dass im TV oder anderen Zeitungen derzeit oft negativ über den Umgang der katholischen Kirche mit Missbrauchsfällen berichtet wird, aber es gehört auch zu den Aufgaben einer Tageszeitung, bestmöglich und vollumfänglich auch über schwierige und strittige Themen zu berichten.

Hedy Ewertz,
Bitburg

Andauerndes Kaputtsparen

Notaufnahmegebühr

Zum Artikel „Kassenärzte-Chef Gassen bringt Notaufnahme-Gebühr ins Spiel“ (TV vom 13. April) und anderen:

Es ist schon erstaunlich, aus dem Trierischen Volksfreund zu erfahren, dass die Notaufnahmen unserer Krankenhäuser wegen zu vieler Bagatellfälle so stark überlastet sind. Wer nun nach Anmeldung seines erkrankten Angehörigen in der Notaufnahme im Wartebereich Platz nehmen darf, benötigt viel Geduld, allein das ist schon ein Grund, die „Emergency“ nur im Notfall aufzusuchen. Nach der Erstversorgung in einem Rettungsraum landet der Notfallpatient wieder auf einem Gang und erlebt hier, welche Leistungen in dieser Abteilung vollbracht werden. Es sind nicht nur die in wehenden Kitteln von einem Notfallpatienten zum nächsten huschenden Ärzte, es ist ebenso die Betreuung durch Schwestern und Ersthelfer, die der Notfallpatient hier erfährt. Die Leistung dieses Personals hat bisher noch nicht die gerechte Würdigung erfahren, von der Bezahlung ganz zu schweigen. Deren physischen Leistungsgrenzen werden täglich erreicht. Wer nun die eingangs angeführte Behauptung, Bagatellfälle verstopfen die Notaufnahmen äußert, sollte sich gerechterweise vor Augen führen, dass allein die Politik durch andauerndes „Kaputtsparen“ im Gesundheitsbereich diese unerträgliche und ungerechte Situation heraufbeschworen hat.

Gerhard Umek,
Trier

Wenig Chancen für Zusatzgebühr für die Notaufnahme

Immer häufiger sind medizinische Notaufnahme-Einrichtungen völlig überlastet. Das ruft auch Politik und Verbände auf den Plan. Auf großen Widerstand stieß unlängst der Vorschlag von Kassenärzte-Chef Andreas Gassen, von Patienten eine Gebühr zu verlangen, die künftig ohne vorherige telefonische Ersteinschätzung die Notaufnahme aufsuchen. Und zwar ohne vorher die Leitstelle anzurufen und ohne dass der Besuch tatsächlich nötig ist. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach lehnt diesen Vorschlag ab.

FOTO: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH/DPA



Der eigentliche Skandal ist das jahrzehntelange Wegschauen des Staates

Kirche

Zum Artikel „Missbrauch: Wie der Aufklärer ausgebremst wird“ (TV vom 24. April) und vielen anderen Artikeln über die Skandale in der katholischen Kirche:

Ich schicke voraus, dass ich weiß, dass es in der Kirche – besonders in den unteren Hierarchiebereichen – sehr ehrenwerte und wirklich hilfsbereite Geistliche gibt. Ich sage das, weil ich schon vor langen Jahren über viele dieser Missetaten der römisch-katholischen Kirche

Bescheid wusste, in Leserbriefen über Jahre hier einiges kommentiert habe und dann regelmäßig im Nachgang dazu persönliche Schmähbriefe erhalten habe, bis hin zu unverblühten Drohungen. Die immer weiter gehenden Enthüllungen, die sicherlich nur die „Spitze dieses Eisberges“ zeigen, sind eine solche Ungeheuerlichkeit, und gleichzeitig rechtfertigen sie mein schriftlich formuliertes Entsetzen darüber. Der eigentliche Skandal aber ist nach meiner

Meinung das jahrzehntelange Wegschauen des Staates. Staat und Kirche stützen und bedingen sich über Jahrhunderte bis heute. Und diese „unheilige Allianz“ machte vieles erst möglich. Wenn eine Institution sich selbst nach dem Motto: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“. Die parlamentarische Demokratie in Deutschland läuft Gefahr, zu einem kartellartigen Parteienstaat zu verkommen.

Jeder, der durch frühkindliche Konditionierung durch die Kirche – im Kindergarten, Schule, Gottesdienste und Elternhaus – auf dieses System eingeschworen wurde, hat es später enorm schwer, diese „Überzeugungen“ infrage zu stellen oder abzulehnen. Wohlgemerkt, ich spreche nicht davon, was, woran oder wie ein Mensch glaubt, sondern von einem menschengemachten Machtapparat.

Monika Wächter, Wittlich

Die Gewaltenteilung wird ausgehöhlt, und Vetternwirtschaft gibt es auch anderswo

Ärger um Habeck-Vertrauten

Zum Leitartikel: „Vetternwirtschaft in Habecks Ministerium: Wie sich die Ampelparteien den Staat zur Beute machen“ (TV vom 2. Mai):

Ich kann den Ausführungen des Autors nur voll und ganz zustimmen. Gleichwohl geht seine Analyse des Parteienstaates meiner Meinung nach nicht weit und tief genug. Unsere parlamentarische Demokratie basiert auf dem Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Exekutive (Regierung), Legislative (Parlament) und Judikative (Rechtssprechung). Das Ganze soll dann von unabhängigen Medien kontrolliert werden. Der Autor kommt

richtigerweise zu dem Schluss, dass die Regierungen – und das gilt sowohl für die Bundesebene als auch für die Länderebene – zunehmend diese von der Verfassung vorgegebene Gewaltenteilung aushöhlen, indem in Hinterzimmern von Gremien, die das Grundgesetz überhaupt nicht vorsieht, Entscheidungen getroffen werden, die dem Parlament vorbehalten sind. Aber was sind die Gründe, warum das so ist? Die Regierung hat über die Besetzung der Verfassungsgerichte übergroßen Einfluss auf die Judikative genommen. Wer seine Richter selbst bestellt, hat da wenig Gegenwind zu erwarten. Das Gleich

gilt für weite Teile der Medien, insbesondere für den öffentlichen Rundfunk. Auch hier nehmen die Regierungen auf Bund- und Länderebene über die Bestellung der jeweiligen Rundfunkräte einen aus meiner Sicht unzulässig großen Einfluss auf die Berichterstattung. Die Rundfunkanstalten handeln zunehmend nach dem Motto: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“. Die parlamentarische Demokratie in Deutschland läuft Gefahr, zu einem kartellartigen Parteienstaat zu verkommen.

Hans-Werner Thesen,
Kern

Bei Vetternwirtschaft fallen mir doch spontan folgende passende Bezeichnungen ein: G'schaftelhuberei und Amigoaffäre(n)! Wer im Glashauss sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Oder um das „C“ in den Parteinaamen zu bemühen: „Wer von euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein!“ (Alexander Dobrindt, CSU, hatte die Entlassung von Patrick Graichen gefordert, der, so die Kritik, seinem Trauzeugen zu einem lukrativem Posten verholfen haben soll, Anm. der Redaktion).

Achim Ochs,
Traben-Trarbach/Wolf

Verhängnisvolle Abhängigkeit von russischem Öl und Gas führte zur Energiekrise

Energiepolitik

Zu diversen Artikeln und dem Leserbrief „Es muss eine umfassende Debatte über Energiepolitik geführt werden“ (TV, 11. März):

In dem Leserbrief wird zu Recht festgestellt, dass die Kostenbelastung der deutschen Haushalte für Strom, Lebensmittel und Mobilität zu hoch ist – leider alles hauptsächlich Folgen der durch die russische Invasion in der Ukraine ausgelösten Energiekrise. Die nun auch durch Vorgaben der EU und zur Einhaltung des auch von Deutschland unterzeichneten Pariser Klimaabkommens vorgesehenen Maßnahmen im Gebäude- und Verkehrsbereich

dienen der dringend erforderlichen Schadstoffreduktion. Diese Belastungen müssen auf breite Schultern verteilt werden, handelt es sich doch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nun behauptet der Leserbriefschreiber, die Energiewende basiere auf Gasimporten, seltenen Erden, Solarzellen und Lithium. Das ist aus meiner Sicht falsch, basiert die Energiewende doch an erster Stelle auf dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, um die schmerzhaft festgestellte Abhängigkeit von russischem Öl und Gas drastisch zu reduzieren und zu beenden. Dass zu diesem Zweck das bereits 2000 von einer rot-grünen

Regierung auf den Weg gebrachten EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) von einer späteren CDU-geführten Bundesregierung bekämpft und zudem diese verhängnisvolle Abhängigkeit von russischem Öl und Gas geschaffen wurde, ist hauptsächlich die Ursache unserer Energiekrise. Dass zum Beispiel zur Windenergieerzeugung auch seltene Erden benutzt werden, ist leider nicht zu verhindern, fest steht aber auch dass diese Primärenergie von der Natur kostenlos geliefert wird. Durch die teilweise selbst verschuldete Energiekrise kommt der Autor zu dem Schluss, dass die Verhinderung der Atomenergie mehr als

fragwürdig sei. Diesbezüglich wäre eigentlich auch die Frage nach einer christlichen Einstellung zu stellen, was sowohl die Urangewinnung als auch die immer noch ungelöste Endlagerung sowie die ständige Gefahr durch überalterte Kernkraftwerke betrifft. Am Schluss wird grundsätzlich daran gezweifelt, ob die Grünen wegen eines effektiven Ansatzes für Klimaschutz ihre „ideologischen Scheuklappen“ ablegen würden. Die ausführliche Sortierung dieser diffusen Feststellungen würde ich gerne einem mündigen Leser überlassen.

Alfred Hauer, Niederweiler

Viele Verbote sind demokratisch beschlossene Gesetze und keine Angriffe auf die Freiheit

„Verbotspartei“

Zum Kommentar „Politik nach Gutsfrauenart“ (TV, 10. Februar) und zum Leserbrief „Koste es, was es wolle, die Bürger müssen es richten“ (TV, 25. März):

Ich beobachte mit großem Befremden, dass ein Verbot als etwas höchst Negatives verunglimpft wird und dass man eine „Verbotspartei“ frei Schnauze definiert und – natürlich! – ablehnt. Man denke einfach mal nach:

Regierungen erarbeiten Gesetze. Gesetze regeln unser Zusammenleben – es sind notwendige Regeln. Die ersten Gesetze, die ohne Unterschiede für alle Menschen galten, waren die Zehn Gebote („Du sollst ...“ oder „Du sollst nicht ...“). Jedes Gesetz lässt sich so beschreiben – ohne den „Vorwurf“, ein Verbotsgesetz zu sein: zum Beispiel die Straßenverkehrsordnung („Du darfst nicht schneller als ...“, „Du hast Vorrang

vor ...“, „Du musst oder sollst ...“) Kein vernünftiger Mensch kommt auf die Idee, demokratisch beschlossene Gesetze als unnötigen Angriff auf unsere Freiheit zu betrachten. Hauptregel: „Was du nicht willst, dass man (es) dir tu, das füg' auch keinem andern zu“ (siehe Artikel 2, Grundgesetz BRD). Aktuell: Eine alte Heizung zu behalten, solange sie funktioniert oder repariert werden kann, wird

nicht verboten. Eine notwendige neue Heizung nach umweltfreundlichen Gesichtspunkten zu planen, wird dringendst empfohlen (mindestens 65 Prozent erneuerbare Energiequelle laut Vorschrift) und sogar stark finanziell gefördert (Angebot zu unser aller Nutzen). Es bleibt unserer freien Entscheidung überlassen, ob wir uns unter der Erwartung einer baldigen Amortisation früher als vom Gesetzgeber ge-

Sonderrechte Schröders sind egal

Alt-Kanzler Schröder

Zu „Schröder verklagt die Bundesrepublik Deutschland“ (TV, 29. April):

Es ist doch mittlerweile völlig wurscht, ob Schröder seine „Sonderrechte“ als Altkanzler zurückbekommt oder nicht. In der aktuellen Regierung, sogar im obersten Staatsamt, sitzen angeblich Ex-Putin-Versteher in Amt und Würden. Mir persönlich sind diese Demokraten allemal lieber als die Vetternwirtschaftler des Koalitionspartners in Grün.

Friedhelm Enser, Trier

Gestiegene Energiepreise machen Heizholz interessant

Holzernte

Zu dem Bericht „Der Kampf ums Holz aus deutschen Wäldern“ (TV vom 17. April):

Der im Foto des genannten Textes gezeigte Rundholzstapel ist nicht zum Verbrennen bestimmt. Es handelt sich hier um Stammholzabschnitte, die in verschiedenen Längen – zum Beispiel von vier Metern – einem Sägewerk zugeführt werden. Dort werden diese Rundhölzer zu Balken, Brettern und Latten verarbeitet. Bei diesem Prozess fallen Schwarten an, die zu Hackschnitzeln und Pellets verarbeitet werden können. Erst seitdem die Energiepreise gestiegen sind, stieg die Nachfrage nach Brennholz. Bis dahin waren die Nachfrage nach Heizholz und der Preis hierfür gering. Sogar Waldbauern legten ihre Holzfeuerungen still und ersetzten diese durch Öl-, Gas- und Elektroheizungen. In der Folge entstanden, besonders in Buchenwäldern, Pflegerückstände. Erst mit dem Anstieg der Energiepreise wurde die Bereitstellung von Heizholz interessant, und Pflegerückstände können aufgearbeitet werden. Der Wald in Deutschland steht auf 11,4 Millionen Hektar Fläche, 48 Prozent sind Privatwald. Die Aufarbeitung der Pflegerückstände, nicht nur der im Privatwald, zeigt sich in der Statistik.

Franz Volz, Bernkastel-Kues

HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwahrend zu kürzen. Und so erreichen Sie uns: E-Mail: leserbriefe@volksfreund.de; Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier

Produktion dieser Seite:

Ulrike Löhnertz/Ilse Rosenschild

Michael Fuchs,
Trier